

Ein (Diskussions-)Beitrag zum Verstehen der Boykottaufrufe in der islamischen Welt

(von Andreas Wüst)

Viele im Westen mögen sich die Augen reiben: in der islamischen Welt gehen derzeit tausende Menschen auf die Straße und rufen zum Boykott der Produkte ebenjenes Landes auf, das (zumindest in Europa) seit der Französischen Revolution von 1789 gemeinhin als Vorkämpfer demokratischer Freiheitsrechte wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung gilt. Der Stein des Anstoßes: alte Karikaturen des Propheten Mohammed, die wenige Wochen zuvor von dem französischen Satire-Magazin Charlie Hebdo wiederveröffentlicht worden waren und für deren Besprechung im Unterricht der Geschichtslehrer Samuel Paty in Ausübung seiner pädagogischen Pflicht auf grausamste Weise von einem Ungeheuer hingerichtet wurde, das dabei die Worte Allahu Akbar in die Welt brüllte. Der gegenwärtige Protest gegen Frankreich macht in seiner Wut dabei nur selten einen Unterschied zwischen der für die Veröffentlichung der Karikaturen verantwortlichen Redaktion eines privaten Magazins und dem Staat, der als Garant der freien Rede und der Laïcité die Publikationsrechte dieses Magazins schützt – unabhängig von der individuellen Haltung der staatlichen Akteure zu den Karikaturen selbst (<https://www.aljazeera.com/news/2020/10/31/frances-macron-cartoons-came-from-free-and-independent-news>).

Der Graben zwischen den Weltanschauungen scheint einmal mehr nicht oder nur schwer überbrückbar, der von Samuel Huntington vor vielen Jahren beschworene Clash of Civilizations mehr Realität denn je.

Und tatsächlich wird die Wiederveröffentlichung der Mohammed-Karikaturen von vielen Muslimen auf der Welt weniger als Ausdruck des sublimen Rechts auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit empfunden als vielmehr als ein weiterer Moment der Demütigung, der getrennt betrachtet werden muss von der mit ihnen zusammenhängenden Ermordung von Samuel Paty.

Denn so sehr die Muslime dieser Welt untereinander zerstritten sein mögen, so sehr jahrelange Fehden und tiefe Feindschaften der so gerne beschworenen Ummah zusetzen, in einer Sache sind sich viele Muslime jeglicher Couleur doch einig: Allah und sein Prophet Mohammed sind unantastbar und eine Verunglimpfung oder Verspottung derselben ein Sakrileg.

In den Reaktionen auf dieses Sakrileg spiegelt sich dabei als Trotz ebenjener Stolz auf jene alte islamische Kultur, die einst kennzeichnend war für weite Teile der Welt von Bagdad bis Fès, vom Sudan bis Andalusien.

Da mag ein Sohn zum Leidwesen seines Vaters alle islamischen Pflichten das ganze Jahr über vernachlässigen, eine junge Frau sich zum Unmut ihrer Mutter von der eigenen Religion entfremdet haben; doch in dem Moment der Verletzung dieses tief in den Seelen vieler Menschen verankerten Gefühls der Heiligkeit von Gott und seinem Propheten, da stehen Sohn und Tochter vereint mit ihren Eltern auf der Straße, um gegen dieses zutiefst empfundene Unrecht zu protestieren.

Dabei ist der Fall der französischen Mohammed-Karikaturen nur ein weiterer in einer langen Reihe der vielen kleinen und großen Demütigungen, die die muslimische Seele seit inzwischen vielen Generationen zu erdulden hat.

Viele mögen die Augen verdrehen, aber ja, die Kreuzzüge werden häufig noch als kollektives Trauma empfunden. Ebenso die Kolonialzeit, in der die französische Besatzung aus strategischen Gründen berbersprachige und arabischsprachige Bevölkerungsteile Nordafrikas gegeneinander ausspielten, sich die Großmächte Frankreich und Großbritannien im Rahmen des Sykes-Picot-Abkommens den Nahen Osten untereinander aufteilten und die Briten mit Bagdad und Kairo zwei wichtige Zentren der islamischen Kultur unter ihre Kontrolle brachten und über Aden, den Suez-Kanal und das Mittelmeer die Reichtümer der islamischen Welt nach Europa abtransportieren. Die Gründung Israels später kam für viele einer völkerrechtlichen Verstetigung des Sykes-Picot-Abkommens und damit kolonialer Machtansprüche im Nahen Osten gleich. Und selbst diejenigen (und das sind nicht wenige), die an ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Palästinensern glauben, können und wollen – ja vielleicht dürfen – nicht verstehen, warum der Staat Israel Tag für Tag zulässt – ja sogar fördert –, dass religiöse Eiferer und fanatische Spinner mit immer neuen Siedlungen die vertraglich festgesetzten Grenzen zwischen Israel und Palästina verletzen – unter Berufung auf biblische Heilsverheißung, unter Ausnutzung der Schutzpflicht Israels gegenüber seinen Bürgern und im Bewusstsein des krassen Machtgefälles zwischen israelischer Armee und palästinensischen Kräften.

Ja, es gibt kein anderes Land, das Gegenstand von mehr Resolutionen der Vereinten Nationen ist als Israel, doch darf es diese straflos ignorieren dank seiner potenten Partner diesseits und

jenseits des Atlantiks. Es muss nicht verwundern, wenn viele Unterstützer der palästinensischen Sache, die Handlungen oder Unterlassungen Israels als geplanten Staatsterrorismus empfinden.

Selbst wenn viele Muslime den guerrilla-artigen, blutigen Gegenangriffen der Hamas oder dem zähnefletschenden Gehabe der Hizbollah aufgrund ideologischer oder religiöser Differenzen nichts abgewinnen können, so empfinden sie doch länderübergreifende Solidarität mit der oft prekären Lage der Palästinenser in Gaza und dem Westjordanland, die gerne als Brüder und Schwestern bezeichnet werden.

Als im Nachgang der fürchterlichen und auch in der muslimischen Welt verurteilten Terroranschläge vom 11. September 2001 der globale Krieg gegen den Terror ausgerufen wurde, fühlten sich viele Muslime unter Generalverdacht gestellt und in Gruppenhaftung genommen. Die folgende Invasion in Afghanistan oder der unter Vorbringung falscher Beweise gerechtfertigte Überfall auf den Irak einhergehend mit der verlustreichen Bombardierung Bagdads als historischem Zentrum der islamischen Kultur wurden und werden als unverhältnismäßig und zutiefst ungerecht empfunden.

Umso mehr, da viele (meist säkulare) Despoten der arabischen Welt den Kampf gegen den Terror gerne als Vorwand nutzten, um mit Hilfe ihrer westlichen Partner die Bevölkerung ihrer Länder – und insbesondere praktizierende Gläubige – noch stärker als bisher zu kontrollieren und zu unterdrücken. Noch wenige Tage vor dem Sturz Ben Alis in Tunesien hatte etwa Frankreich eine Lieferung mit Tränengas an das diktatorische Regime in Nordafrika zugesagt, um die Proteste gegen staatliche Willkür in die Knie zu zwingen.

Auch heute noch liefern Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA Waffen und schweres Kriegsgerät an Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Und die Despoten dieser Länder überziehen damit im Namen von Frieden und Gerechtigkeit ein ganzes Land – den Jemen – mit Krieg, Terror, Hunger und Tod.

Aus diesen und anderen Ereignissen der jüngeren und älteren Geschichte resultiert bei vielen Muslimen ein Gefühl generalisierter Ungerechtigkeit, Frustration und Ohnmacht – nicht nur gegenüber westlicher Hegemonie und Überheblichkeit, sondern durchaus auch gegenüber den oft mit dem Westen sympathisierenden und paktierenden, opportunistischen Führern der eigenen Länder. Das Wissen über dieses Gefühl mag helfen zu erklären, was derzeit in weiten Teilen der muslimischen Welt geschieht. Denn viele Menschen dort kommen nicht umhin, die fatale Mischung westlicher Gier, Scheinheiligkeit, Unwissenheit und Skrupellosigkeit mitverantwortlich zu machen für das Leiden großer Teile der muslimischen Weltbevölkerung.

Immer öfter werden diese massiven Fälle in Relation gesetzt mit dem zugegeben abscheulichen Tod der Opfer gelegentlicher terroristischer Anschläge in Europa und Amerika. Dieses In-Relation-Setzen geschieht oft unbewusst, wird aber immer häufiger (zumindest hinter vorgehaltener Hand) auch explizit gemacht.

Es geht nicht darum, die jüngeren fürchterlichen Anschläge in Nizza, Paris oder in Wien zu rechtfertigen oder die Boykottaufrufe gegenüber französischen Produkten überall in der muslimischen Welt zu legitimieren. Einige große Moscheen und Islamverbände ebenso wie viele Staaten haben die Terroranschläge und teilweise auch die Boykottaufrufe scharf verurteilt (<https://www.dw.com/de/franz%C3%B6sische-muslime-verurteilen-boykottaufrufe/a-55478618>).

Es geht auch nicht darum, um Verständnis zu werben, wohl aber um Verstehen. Verstehen, warum sich viele Muslime oder sich auch nur dem islamischen Kulturraum lose zugehörig fühlende Menschen angesichts der Neupublikation von Mohamed-Karikaturen beleidigt fühlen.

Im Übrigen sind es gerade wieder Muslime selbst, die hier in ihrer Wut instrumentalisiert werden – so nutzt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Zorn vieler Muslime angesichts der Karikaturen, um ein kulturelles Problem zu einem politischen hochzustilisieren, sich zum Vorkämpfer der Proteste, zum Verteidiger islamischer Werte zu inszenieren und damit von seinen massiven innenpolitischen und v.a. wirtschaftlichen Problemen abzulenken, wie Bülent Mumay in einem treffenden Gastbeitrag für die FAZ unlängst treffend dargelegt hat (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/brief-aus-istanbul/in-der-tuerkei-koennen-sich-menschen-kein-brot-mehr-leisten-17037834.html>)

Erdoğan's Lieblingsgegner, der französische Präsident Emmanuel Macron, fand dabei in seinen u.a. auch über den arabischen Sender Al-Jazeera veröffentlichten Ansprachen selbst nicht den richtigen Ton, um der tief gespaltenen, multikulturellen französischen Gesellschaft die so gern betonte fraternité (geschwisterliche Einigkeit) zurückzubringen, geschweige denn den internationalen Protest zu befrieden.

In der länderübergreifenden Solidarität manifestiert sich der Islam dabei weniger als Glaubensrichtung als vielmehr als noch immer gelebtes kulturelles System, gewissermaßen als – zugegeben etwas bröckeliger – Kitt zwischen ansonsten doch sehr unterschiedlichen Gesellschaften. Es mag ein diffuses Gefühl der Zusammengehörigkeit sein, doch stark genug, um grenzübergreifende Wirkmacht zu entfalten. Dass es mit dem Gefühl ansonsten nicht weit her ist, wird einem jeden dabei relativ schnell wieder klar, spätestens wenn die nächsten tribalen

Streitigkeiten, der nächste Kampf um Rohstoffe oder der nächste Konflikt um religiöse Deutungshoheit in den Schlagzeilen ist.

Um mich nicht falsch zu verstehen: Gerade nach den unsäglichen Erfahrungen mit staatlich forciertem Antisemitismus, Massenvernichtungen andersdenkender, -glaubender, -liebender und -lebender Menschen in Europa müssen Meinungs- und Pressefreiheit ebenso wie das Recht auf freie Religionsausübung unbedingte Geltung besitzen. Es muss Kurt Tucholskys berühmte Antwort auf die Frage „Was darf Satire?“ gültig bleiben. Ja, Satire darf alles.

Sie muss und soll alles dürfen. Und ja, ich fordere von meinen muslimischen Mitbürgern ein, dass sie es ertragen, wenn ihr Prophet lächerlich gemacht wird, ebenso wie ich es einst ertragen musste, als die Titanic im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche Bilder eines in anrühiger Pose vor dem gekreuzigten, offenbar errötenden und schwitzenden Jesus knieenden Priesters veröffentlichte.

Ich fordere von Islamverbänden ebenso wie von den christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden, politischen Parteien und Vereinen, dass sie Verantwortung auch für radikale Kräfte in ihren Reihen übernehmen und ihre Weltanschauung und Glaubensgrundsätze auf Anknüpfungspunkte für extremistische Tendenzen hin überprüfen und proaktiv mit diesem Problem umgehen. Es ist unerträglich zu hören, dass islamistische Terroristen nichts mit dem Islam zu tun hätten, ebenso wie es kurzsichtig ist zu sagen, die Kreuzzüge hätten nichts mit dem Christentum oder der Siedlungsbau in Palästina durch fundamentalistische Juden nichts mit dem Judentum oder Rechtsextremismus nichts mit Patriotismus zu tun.

Es ist notwendig, dass sich alle Weltanschauungen und Religionen mit ihrer Geschichte auseinandersetzen, lernen, woher gewisse radikale Tendenzen kommen, was ihre Ursachen sind. Angesichts der gegenwärtigen Protestbewegungen in der islamischen Welt wird eine solche Auseinandersetzung mit der eigenen religiösen Geschichte im Übrigen auch von dem tunesischen Philosophen und Islamwissenschaftler Youssef Seddik in einem aktuellen Interview mit der Zeitung *Jeune Afrique* gefordert: Nur mit einem tieferen Wissen über die eigene Religion – und nicht nur ihre Texte und Rituale – sei es überhaupt möglich, dass man sich als gläubiger Mensch nicht mehr von blasphemischen Äußerungen anderer betroffen fühlt. Denn am Ende betrifft Blasphemie nur Gott und die Person, die sie begeht. Seddik stellt dabei einen treffenden Vergleich an: Wird man auf der Straße von jemandem als Dummkopf beschimpft, macht diese Beschimpfung einen ja noch nicht dazu. Fühlt man sich dennoch betroffen, dann doch offenbar nur, weil man (zumindest insgeheim) doch Zweifel an den

eigenen kognitiven Fähigkeiten hegt
(<https://www.jeuneafrique.com/1069500/societe/caricatures-de-mahomet-youssef-seddik-les-musulmans-ne-devraient-pas-se-sentir-concernes/>).

Gleichzeitig müssen wir als Gesellschaft auch stärker darauf achten, dass wir nicht jeden terroristischen Akt eines Fehlgeleiteten, der sich allein und ohne je eine Moschee besucht oder gar regelmäßig gebetet zu haben nur mithilfe des Internets radikalisiert hat, als islamistischen Terror bezeichnen. Denn wie es geistig verwirrte Menschen in allen Gesellschaften dieser Welt gibt, so gibt es diese natürlich auch unter den inzwischen bis zu fünf Millionen Personen mit muslimischem Hintergrund in Deutschland.

Ich schätze das Prinzip der Trennung von Religion und Staat, das Prinzip von Säkularismus und Laïcité, ich verteidige das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit.

Aber ich will auch nicht, dass sich ein Moslem in Deutschland nicht traut, in die Moschee zum Freitagsgebet zu gehen, weil er fürchten muss auf die Fahndungslisten des Verfassungsschutzes zu geraten. Ich will nicht, dass er sich dafür schämen oder gar rechtfertigen muss, bei Erfüllung seiner Gebetspflicht den erforderlichen Lobpreis Gottes mit den Worten „Allahu Akbar“ zu formulieren. Ich will nicht, dass jüdische Mitbürger aus Angst vor Übergriffen keine Kippa in der Öffentlichkeit zu tragen wagen oder nur hinter polizeibewachten, stahlschlossgeschützten Synagogentüren beten. Ich will nicht, dass jeder AFD-Anhänger als Nazi und jeder Linker als Antifa-Terrorist beschimpft wird.

Was ich mir wünsche, ist eine Säkularisierung aller Religionen und Weltanschauungen sowie eine Entemotionalisierung des identitären Diskurses – sei er nun religiöser oder ideologischer Natur. Dafür bedarf es unser aller Bereitschaft, von-, mit- und übereinander zu lernen. Dabei muss Transparenz oberstes Gebot sein. Wie christliche Gotteshäuser (zumindest in weiten Teilen Europas) immer und jedem offenstehen – selbst zu Gebets- und Messezeiten, so sollten auch Moscheen und Synagogen jedem jederzeit zugänglich sein – sowohl im eigentlichen als auch im übertragenen Sinne. Denn nur mit geöffneten Toren sowie mit auf Deutsch stattfindenden Predigten, Lesungen und Gebeten gibt man der jedem Menschen angeborenen Neugier Raum zur Entfaltung und baut Berührungshürden ab. So schwer dies hinsichtlich der praktischen Umsetzung insbesondere im Falle von Synagogen, die – so traurig es ist – nach wie vor einem besonderen Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind, erscheinen mag, so wenig sehe ich in Zeiten eines wiedererstarkenden Antisemitismus und wachsender Islamophobie einen Weg an diesem Ansatz vorbei. Muslime wie auch Juden und Christen müssen (wieder)

sichtbarer in der Gesellschaft werden, sie müssen ihren Nimbus des sprachlich wie weltanschaulich Unverständlichen und Unnahbaren verlieren, um aus Unwissenheit geborenen Ängsten, Skepsis und Misstrauen entgegenzuwirken. Dafür müssen auch unter staatlicher Aufsicht und unter Einbeziehung der Religionsvertreter stärker als bisher Imame und Rabbiner in Deutschland ausgebildet und mit dem für das gesellschaftliche Leben hierzulande notwendigen Rüstzeug ausgestattet werden.

So hoffe ich, dass wir zu einer Gesellschaft zusammenwachsen, in der wir aufeinander Rücksicht nehmen, uns als Lehrer, Zeitungsredakteur, Politiker – kurz: als vernunft- und empathiebegabte Bürger – gegenseitig in die Pflicht nehmen und den gebührenden Anstand und das gebotene Feingefühl an den Tag legen, bestimmte sensible Themen zumindest nicht gar so provokant und zugespitzt zu formulieren.

Es stimmt, der Grat zwischen Rücksichtnahme und Selbstzensur ist dabei bisweilen sehr schmal und muss in einer Demokratie immer wieder aufs Neue verhandelt werden. Aber dieser anstrengende und manchmal bestimmt auch schmerzliche Akt der Selbsthinterfragung ist notwendig für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Um es noch einmal mit den Worten Kurt Tucholskys zu sagen: Ja, Satire darf alles. Ich frage mich aber, muss es sein, dass sie alles tun, was gesetzlich erlaubt ist?

Also: Lasst uns diskutieren!